



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 7 0 - 0 0 0 6**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: **Dezernat(e) II**

Erwerb von Geschäftsanteilen an der TVM Thermische Verwertung Mainz GmbH

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge		DL-Nr. <small>(wird von Amt 16 ausgefüllt)</small>	
a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

Bestätigung Dezernent/in

Dr. Franz
Bürgermeister

Vermerk Kämmerei Wiesbaden,

Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Die "TVM Thermische Verwertung Mainz GmbH" (TVM) plant am Standort Mainz den Bau einer Klärschlamm Entsorgungsanlage. Die ordnungsgemäße Entsorgung von Klärschlämmen aus dem Hauptklärwerk und dem Klärwerk Biebrich soll durch eine Beteiligung an der Gesellschaft langfristig sicher gestellt werden.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Dem Erwerb von 2 % der Geschäftsanteile zum Nominalwert von 2.000,-- EUR an der TVM Thermische Verwertung Mainz GmbH von dem Wirtschaftsbetrieb Mainz AÖR durch die ELW wird zugestimmt.
2. Ein wirtschaftliches Engagement der ELW bei der TVM (Beteiligung an Investitionen, Übernahme von wirtschaftlichen Risiken, Bürgschaften etc.) wird vertraglich ausgeschlossen.
3. Die ELW werden beauftragt, die Beteiligung an der TVM gem. § 127a HGO gegenüber dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Ankauf der Geschäftsanteile, schriftlich anzuzeigen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Zu 1.:

Die TVM Thermische Verwertung Mainz GmbH wurde im August 2011 gegründet, mit dem Ziel die Verwertung von Klärschlämmen und die Stromerzeugung zur Versorgung des Zentralklärwerts Mainz und alle damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben zu betreiben.

Der Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR hält derzeit 68 % der Geschäftsanteile an der TVM. Bei den übrigen Gesellschaftern handelt es sich ebenfalls ausschließlich um kommunale Unternehmen:

Stadtentwässerung Kaiserslautern	26 %
Stadtwerke Kaiserslautern	4 %
Abwasserzweckverband „Untere Selz“	2 %

Die ELW beabsichtigen, den im Klärwerk Biebrich anfallenden Klärschlamm (ca. 7.000 Mg) über die TVM zu entsorgen. Darüber hinaus besteht die Option, jederzeit der TVM auch den im Hauptklärwerk anfallenden Klärschlamm (ca. 15.000 Mg) anzudienen.

Die Beteiligung der ELW an der TVM stellt dabei sicher, dass die Entsorgungsleistung der TVM ohne öffentliche Ausschreibung als sog. Inhouse-Geschäft in vergaberechtlich zulässiger Weise erfolgen kann. Zudem unterstreicht eine Beteiligung den regionalen Gedanken einer kommunalen Gemeinschaftsanlage, die aufgrund kurzer Transportwege auch zu einer Verbesserung der Ökobilanz führt.

Zu 2.:

Durch vertragliche Regelungen wird sichergestellt, dass die Beteiligung an der TVM keine wirtschaftlichen Risiken auslöst und die Konditionen für die Entsorgung des Klärschlammes für alle Gesellschafter identisch sind. Sollten die Entsorgungskonditionen der TVM nicht marktkonform sein, besteht für die ELW weiterhin die Möglichkeit, die Entsorgung des Wiesbadener Klärschlammes im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung zu vergeben. Im Gegenzug werden die ELW von einer Gewinnbeteiligung ausgeschlossen.

Zu 3.:

Nach § 127a Abs. 1 Nr. 2 HGO sind Entscheidungen über die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen.

Die Betriebskommission der ELW hat dieser Sitzungsvorlage in ihrer Sitzung am 17. August 2017 zugestimmt.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 30. August 2017

Dr. Franz
Bürgermeister